



## Antrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

### **ESG-Kriterien bei Finanzanlagen des Freistaates berücksichtigen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in die vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat erlassenen Anlagerichtlinien die ESG-Kriterien (ESG = Environmental, Social, Governance) aufzunehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass die drei nachhaltigkeitsbezogenen Verantwortungsbereiche (Environmental, Social, Governance – Umwelt, Soziales, Unternehmensführung) bei den Finanzanlagen des Freistaates berücksichtigt werden.

Im Geschäftsbericht des Bayerischen Pensionsfonds soll deshalb hinsichtlich der Anlagestrategie für das Sondervermögen und die tatsächliche Portfoliostruktur die Beachtung und Umsetzung der ESG-Kriterien umfassend dargestellt werden.

### **Begründung:**

Bayern muss explizit bei seinen Finanzanlagen ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung übernehmen und stärker auf Nachhaltigkeitsaspekte achten. Ein geeignetes Instrument dafür sind die ESG-Kriterien, die Eingang in die Anlagerichtlinien des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat finden sollten.

Den Handlungsbedarf für den Freistaat belegen aktuelle Meldungen in den Medien.

So berichtet die Augsburger Allgemeine am 11. Mai 2023 unter der Überschrift „Bayern unterstützt mit seinem Pensionsfonds klimaschädliche Industrien“: „1,7 Milliarden Euro aus Bayerns Pensionsfonds sind in Unternehmen investiert. Inwieweit die mit den Klimazielen vereinbar sind, spielt kaum eine Rolle. Andere Bundesländer machen vor, dass es anders geht.“

Am selben Tag ist beim RedaktionsNetzwerk Deutschland zu lesen: „10 der 16 Bundesländer investieren bei ihren Pensionsfonds in klimaschädliche Industrien oder Großbanken, die den Ausbau fossiler Energien finanzieren. Das geht aus Berechnungen des Recherchenetzwerks Correctiv hervor, die am Donnerstagmorgen veröffentlicht wurden. Für die Kalkulation hat das Netzwerk bei allen 16 Finanzministerien eine Liste ihrer Anlagen für die Pensionsfonds angefragt. Demnach seien Bayern und Sachsen-Anhalt die Spitzenreiter bei den Investments in Kohle, Öl und Gas. Einige Länder würden aber auch bereits ihre Fonds auf mehr Nachhaltigkeit umstellen.“

Die Staatsregierung sollte deshalb mit der Überarbeitung der Anlagerichtlinien künftig nachhaltige Finanzanlagen des Freistaates sicherstellen.